

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montag (täglich) früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 8. Juni 1923.

Nr. 131.

Flammenzeichen.

Der Telegraph stellt heute zwei Nachrichten und nüchtern nebeneinander: die Besprechung der französisch-englischen Staatsmänner in Brüssel hat damit geendet, daß das neue deutsche Angebot nicht zur Kenntnis genommen werden und daß keine Verhandlungen mit Deutschland angeknüpft werden sollen, ehe nicht die Reichsregierung den positiven Widerstand an der Ruhr aufgibt, also der Einbruch als zu recht bestehend anerkennt; und gleichzeitig toben in verschiedenen Gegenden Deutschlands Hungerkrawalle, in Leipzig, wo sie am blutigsten waren, haben sie bisher sieben Tote und an vierzig Verwundete gefordert. Die beiden Tatsachenreihen stehen miteinander in einem innigen und urfächtlichen Zusammenhang, Schuldtragende und Opfer werden durch sie dicht nebeneinandergerückt.

Nicht, als ob etwa Poincaré und Gaspar, die heutigen Wortführer des französisch-belgischen Nachtrausches, die einzig Schuldigen wären, im Gegenteil, sie repräsentieren nur am deutlichsten das System, dem man die furchtbare Verelendung der Welt im allgemeinen und Deutschlands im besonderen zur Last legen muß. Die gleiche Reparationsforderung und Reparationspflicht, die den Westmächten den Vorwand gibt, die Rohstoffschätze und Industriepaläste des Ruhrlandes zum Ausbeutungsobjekt des westlichen Kapitalismus zu machen, war auch den deutschen Industrie- und Geldmagnaten ein willkommenes Anlag, mit der Arbeitskraft des Volkes Raubbau zu treiben, ihren Grundbesitz und ihre Fabriken durch die Geldentwertung zu entschulden, aus ihr Konjunktur- und Devisengewinne von gigantischer Höhe zu ziehen und die Reallohne ihrer Soldsklaven auf ein lächerliches Minimum hinabzudrücken. Und so wie die belgischen und französischen Minister, die jetzt in Brüssel den deutschen Erfüllungswillen sabottiert haben, dies in klarer Erkenntnis des dadurch beschleunigten wirtschaftlichen Ruins Deutschlands tun, so haben die Großindustriellen des Reiches selbst, trotzdem sie von dieser Erkenntnis noch tiefer durchdrungen sein müssen, dem „Vaterland“ ihre Hilfe unter Bedingungen angeboten, die das angebliche Notopfer zu einem skrupellosen Geschäft machen. Glied an Glied reiht sich also die Kette bewußter Verschuldungen auf, die der egoistische Kapitalismus hüben und drüben des Rheins verbrocht, um die Not der deutschen Bevölkerungsmassen zu steigern, denn deren Jammer ist ihr Gewinn, er verspricht dem Imperialismus Poincarés den Sieg und verheißt dem Gelde der Stinnes und Genossen unermeßlichen Wucherzins. Die Saat, die jetzt in Dresden und Leipzig, in Oberschlesien, Köln und Mannheim aufgegangen ist, wurde von Poincaré und Stinnes gestreut und von der ihnen dienenden Presseemette gehegt und gepflegt, der Hunger, der jetzt Arbeitende und Erwerbslose bedroht, wurde planvoll vorbereitet, um Länderraub und Riesenprofite zu ermöglichen.

Wenn schon die Herren des deutschen Geldmarktes kein Mittel in der Hand hatten, um die Unterwühlung der Mark von außenher zu hindern, so hätten sie doch die von der Reichsbank unternommene Stützungsaktion der deutschen Valuta fördern und jede ihr schädliche Spekulation unterlassen können. Aber gerade das Gegenteil davon war der Fall, einer der ihnen, der Reichsbankpräsident Havenstein, hat es ihnen mit dünnen Worten auf den Kopf zugesagt. Das Ergebnis liegt jetzt zutage: laut und erschreckend in den blutigen Hungerkrawallen, still und erschütternd im sprunghaften Wachstum der Reichsindizes, die im April schon den Durchschnittstand des 2954fachen gegenüber den Friedenspreisen erreicht hatte und im Mai bei Lebensmitteln auf 4620, bei Bekleidungsgegenständen auf 5724, bei Heizungs- und Beleuchtungskosten auf 7708 emporschnellte, vom rapiden Anstieg im Juni, der statistisch noch nicht festgestellt ist, ganz zu schweigen. Jedenfalls wurden bei den Preisen des 2. Juni als bloße Ernährungslosten einer vierköpfigen Familie in

Der Inhalt der deutschen Note.

Entscheidung über die Leistungsfähigkeit durch eine internationale Instanz. — Verpfändung der Reichsbahn, Zölle und Konsumsteuern und des unbeweglichen Privateigentums. — Anerkennung der Wiedergutmachungspflicht.

Berlin, 7. Juni. (Eigenbericht.) Die deutsche Regierung hat heute den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio das seit einiger Zeit schon angekündigte Memorandum überreicht, in dem sie sich, um den Fortgang der Verständigung zu fördern, auf die Beantwortung jener Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam waren. Das Memorandum betont, daß die deutsche Regierung nicht aufrichtig handeln und die Frage ihrer Lösung nicht näher bringen würde, wenn sie mehr versprechen wollte, als das deutsche Volk zu halten imstande sei. Angesichts der Schwierigkeit der Schätzung der deutschen Leistungsfähigkeit hat sich die deutsche Regierung erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Sie ist bereit, alle Voraussetzungen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit zu schaffen, vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung zu gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft zu erteilen.

Solange sich die in Aussicht genommene Ausgabe von Anleihen als unmöglich erweist, ist die deutsche Regierung mit einem System von Jahresleistungen einverstanden. Für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes schlägt die deutsche Regierung folgende Garantien vor:

Untervandlung der Reichsbahn in ein von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängiges Sondervermögen unter eigener Verwaltung, Ausgabe von Goldobligationen der Reichsbahn in Höhe von zehn Milliarden Goldmark, die vom 1. Juli 1927 ab mit fünf Prozent verzinslich sind und somit einen Ertrag von 500 Millionen Goldmark jährlich sicherstellen. Um weitere 500 Millionen Goldmark jährlich ab 1. Juli 1927 zu garantieren, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Bürgschaft in der Höhe von zehn Milliarden Goldmark heranziehen, die als erststelliges Pfandrecht auf deren Grundbesitz eingetragen werden.

Die so sichergestellten 500 Millionen werden entweder durch eine allgemeine Steuer oder unmittelbar von den belasteten Objekten aufgebracht. Ferner werden die Zölle und Verbrauchssteuern auf Genussmittel und Branntwein als Sicherheit verwertet. Das Memorandum betont zum Schluß, Deutschlands Zahlungsfähigkeit hänge von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Zur Regelung der Zahlungsmethode und Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten seien mündliche Verhandlungen nötig.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ bemerkt zu der neuen Note, daß das Angebot in seiner Gesamtheit die Wege zu Verhandlungen weiter ebne, betont aber, daß die Aussichten auf eine Verständigung nicht gerade günstig seien, da die Brüsseler Konferenz unheilvolle Schatten auf die Zukunft werfe. Statt die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund zu stellen, habe man in Brüssel wieder ganz einseitig vom politischen Standpunkt aus die Lage beurteilt und demgemäß Beschlüsse gefaßt. Auf diese Weise werde man nie zu dem erhofften Weltfrieden kommen. Der „Vorwärts“ sagt zur Brüsseler Konferenz, sie bedeute diplomatisch, daß sich die französische Regierung vor ihrer bevorstehenden Auseinandersetzung mit ihrem Gegenspieler England so stark als möglich machen wolle und sich daher ihres belgischen Vasallen aufs neue zu versichern suche. Die Ruhraktion sei ein loßlos begonnenes politisches Abenteuer, das nur dann ein geeignetes Mittel sei, wenn Frankreich Deutschland wirklich an den Rand der Anarchie bringen wolle. Eine solche Politik müsse aber auch jenen Kreisen in Deutschland, die für eine ehrliche Verständigung jedes Opfer bringen wollen, diese als unmöglich erscheinen lassen.

Freilich würde eine solche Lösung der Arbeitslosenfrage keinen weltwirtschaftlichen Fortschritt bedeuten. Die Verschlagung großer Wirtschaftsgelbete, die vor dem Weltkrieg bestanden haben und die Entstehung von kleinen für sich abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten auf deren Territorium, hat es mit sich gebracht, daß alle neuentstandenen, auf ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit eifersüchtig behauptenden Staaten einen Zustand erstreben, wo sie möglichst alle Industrieartikeln, sowie auch die Erzeugnisse der Landwirtschaft innerhalb ihres Landes hervorbringen, daß sie sich wirtschaftlich selbst genügen. Das bringt aber mit sich, daß in allen diesen Staaten gewisse Industrien, deren Produktionsbedingungen ungünstiger sind als in anderen Staaten, teurer erzeugen und daß die Bevölkerung dadurch alle Waren im Durchschnitt teurer bezahlen muß. Es gibt nur einen Weg, der der politischen Unabhängigkeit der neu entstandenen Staaten Rechnung trägt und zugleich doch den weltwirtschaftlichen Bedürfnissen Genüge tut und das ist die Zusammenfassung von mehreren kleinen Staaten zu großen Wirtschaftskörpern, innerhalb der die moderne Arbeitsteilung so weit getrieben werden kann, daß die Arbeit der Menschen so produktiv wird, als es nach dem heutigen Stande der technischen Wissenschaft überhaupt möglich ist.

Die Brüsseler Beratungen und die Leipziger Unruhen beleuchten, grelle Flammenzeichen, blitzschnell den Abgrund, an dem heute die Welt steht: Die Herrschenden sind nicht gewillt, eines ihrer klassenegoistischen Ziele aufzugeben, und die Beherrschten tun verzweifelt, daß sie es jait haben, im Machtkampf der Imperien und Kapitalistengruppen hingeopfert zu werden. Wieder stehen, für jeden sichtbar, der Augen hat, die alten Gegner zum Schicksalskampf einander gegenüber, Ausbeuter und Ausgebeutete kreuzen die Slingen zum Streite.

Die Brüsseler Beratungen und die Leipziger Unruhen beleuchten, grelle Flammenzeichen, blitzschnell den Abgrund, an dem heute die Welt steht: Die Herrschenden sind nicht gewillt, eines ihrer klassenegoistischen Ziele aufzugeben, und die Beherrschten tun verzweifelt, daß sie es jait haben, im Machtkampf der Imperien und Kapitalistengruppen hingeopfert zu werden. Wieder stehen, für jeden sichtbar, der Augen hat, die alten Gegner zum Schicksalskampf einander gegenüber, Ausbeuter und Ausgebeutete kreuzen die Slingen zum Streite.

Staat und Wirtschaft.

Trotzdem die offiziellen Berichte über die wirtschaftliche Situation optimistisch klingen und, wie nicht geleugnet werden kann, seit Reichs die Zahl der Beschäftigungslosen abgenommen hat, gibt es noch immer ungefähr 400.000 Menschen, die nicht imstande sind, eine Arbeit zu finden, welche ihnen für einige Zeit die Existenz sichert. Es handelt sich eben gegenwärtig nicht um eine gewöhnliche Wirtschaftskrise, die im Wechsel der Konjunktur immer wiederkehrt, sondern um eine chronische Krise, die dadurch zu erklären ist, daß die tschechoslowakische Wirtschaft nicht imstande war, sich den nach dem Kriege geänderten staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Bis zum Jahr 1918 gehörten wir einem großen Wirtschaftsgebiet mit einem Markt von 50 Millionen Menschen an, jetzt leben wir in einem kleinen Wirtschaftsgebiet und unter ehemals inländisches zollgeschütztes Absatzgebiet ist Ausland geworden. Die unglückselige Wirtschaftspolitik, welche alle Regierungen von Kramar bis Svebka betrieben haben, hat diese Situation noch verschlechtert, unsere Industrie kann die von ihr erzeugten Waren weder im Inland, noch im Ausland absetzen, sie hat für die früher von ihr beschäftigten Menschen keine Arbeit mehr und es entsteht für die Staats- und Wirtschaftspolitik dieses Landes die wichtigste wirtschaftliche Frage: wie bringen wir die Tausenden von Beschäftigungslosen dauernd unter?

Das Problem ist eines der inneren Wirtschafts- und auswärtigen Handelspolitik. Solange es in Europa große durch die Nachkriegspolitik der Sieger ruinierter Wirtschaftskörper gibt, die nicht fähig sind, von uns irgend etwas zu kaufen, muß unsere Industrie eingeschrumpft bleiben. Das Bestreben der Regierung müßte also dahin gehen, alles zu tun, was in ihren Kräften ist, um das durch die Politik der Siegermächte entflandene Wirtschaftsgeschäft in Europa zu befestigen. Daß die offizielle auswärtige Politik der Tschechoslowakei in dieser Richtung wenig tätig ist, daß sie im Gegenteil den aggressiven Imperialismus Frankreichs unterstützt, ist bekannt.

Aber selbst, wenn die auswärtige Wirtschaftspolitik eine andere würde, wäre es schon zu spät, weil uns viele Absatzgebiete dauernd entzogen werden und weil eine Reihe von Staaten Europas sich die Industrien zu schaffen bemüht sind, deren Erzeugnisse bisher von unserer Industrie abgesetzt wurden. Es wird sich also zeigen, daß gewisse Industrien zu groß sind und daß es uns nicht gelingen wird, alle in diesen Industrien früher tätig gewesenen Arbeiter wieder in den selben Industrien unterzubringen. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß sich andere Industrien im Staatsgebiet entwickeln, die wir bisher nicht gehabt haben, (wie beispielsweise die Industrie aller elektrischen Gebrauchsartikel), und daß da immerhin ein Teil der in anderen Industrien überschüssig gewordenen Arbeiter untergebracht werden könnte.

Freilich würde eine solche Lösung der Arbeitslosenfrage keinen weltwirtschaftlichen Fortschritt bedeuten. Die Verschlagung großer Wirtschaftsgelbete, die vor dem Weltkrieg bestanden haben und die Entstehung von kleinen für sich abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten auf deren Territorium, hat es mit sich gebracht, daß alle neuentstandenen, auf ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit eifersüchtig behauptenden Staaten einen Zustand erstreben, wo sie möglichst alle Industrieartikeln, sowie auch die Erzeugnisse der Landwirtschaft innerhalb ihres Landes hervorbringen, daß sie sich wirtschaftlich selbst genügen. Das bringt aber mit sich, daß in allen diesen Staaten gewisse Industrien, deren Produktionsbedingungen ungünstiger sind als in anderen Staaten, teurer erzeugen und daß die Bevölkerung dadurch alle Waren im Durchschnitt teurer bezahlen muß. Es gibt nur einen Weg, der der politischen Unabhängigkeit der neu entstandenen Staaten Rechnung trägt und zugleich doch den weltwirtschaftlichen Bedürfnissen Genüge tut und das ist die Zusammenfassung von mehreren kleinen Staaten zu großen Wirtschaftskörpern, innerhalb der die moderne Arbeitsteilung so weit getrieben werden kann, daß die Arbeit der Menschen so produktiv wird, als es nach dem heutigen Stande der technischen Wissenschaft überhaupt möglich ist.

Daneben muß getrachtet werden, die Produktionskosten unserer Industrie herabzusetzen. Das geschieht nicht dadurch, wie kurzfristige Vertreter der Unternehmer glauben, daß man einfach den Arbeitern weniger Lohn

Aus dem Wehrausschuß.

In der Sitzung des Wehrausschusses des Senats vom 7. Juni wurde über die Gesetzesvorlage, welche das Disziplinarstrafgesetz für die Armee neu regelt, verhandelt. In der Generaldebatte führte Genosse Linl folgende aus: Die Mannschaften der Armee dürften keine Ahnung davon haben, welche schwere Bestimmungen für sie durch das neue Disziplinarstrafrecht geschaffen werden sollen. Unbedeutende Handlungen oder Unterlassungen, welche von den Mannschaften gegen die militärischen Dienstvorschriften begangen werden, sollen durch die Vorgesetzten durch Disziplinarstrafen geahndet werden. Einschränkung des Urlaubes und des Ausganges aus den Kasernen und Arrestirafen, können von den Vorgesetzten über die Soldaten verhängt werden. Ebenso, kann die Degradierung bei Unteroffizieren von den Vorgesetzten ausgesprochen werden. Die Beschwerden über die Bestrafungen, müssen bei jenen Vorgesetzten vorgebracht werden, welche die Strafe verhängt haben. Für die Mannschaften bestehen keinerlei Beschwerdebefugnisse, wo sie ihre Beschwerden vorbringen könnten. Alle diese Bestimmungen stehen mit der Demokratie und der republikanischen Verfassung in Widerspruch, die Soldaten werden wie im alten Österreich der Willkür und den Launen einzelner Offiziere ausgeliefert sein. Einem solchen Gesetz kann man die Zustimmung nicht erteilen.

Der Christlichsoziale Vetter, begrüßte das Gesetz, weil eine richtige Armee ohne Disziplinarstrafrecht nicht möglich sei.

Die Vorlage wurde unverändert von den Koalitionsparteien angenommen.

Inland.

Das Schutzgesetz in Aktion. Unser Aufseher Blatt wurde gestern auf Grund des § 18 Abs. 2 des Schutzgesetzes, das die Verbreitung in wahren Nachrichten unter Strafe stellt, konfisziert. Die Konfiskationsursache lag in einer Notiz, in der über den Raub der Deutschen Bank mit dem Sitz in Reichenberg berichtet wurde. Die betreffende Notiz ist bereits durch alle Zeitungen gegangen und ist überall unbeanstandet geblieben. In Verantwortung einer Intervention bei der politischen Bezirksverwaltung wurde der Redaktion des „Volkrecht“ mitgeteilt, daß die Konfiskation über höhere Anstalt erfolgt sei! Es ist sehr merkwürdig, in welcher Weise man das Schutzgesetz anzuwenden beliebt: man stempelt einfach die Verbreitung einer wahren Nachricht auf einer solchen einer unwahren Nachricht und läßt dann das Schutzgesetz in Wirksamkeit treten. Diese Anwendung des Schutzgesetzes ist skandalös. Ueber diese und ähnliche Konfiskationen wird noch an anderen Orten zu reden sein.

Die Koalitionsschwierigkeiten besetzen weiter trotz aller amtlichen Beschwichtigungsversuche. Zwar ist es gelungen, in der Frage der Sozialversicherung der Nationaldemokraten und Agrarier dadurch gefügig zu machen, daß die tschechischen sozialistischen Parteien der Novellierung der Gesetz über die Vermögensabgabe und der Vermögenszuwachssteuer zustimmten, aber über das andere Arbeitsprogramm konnte sich die vorgestrichene Sitzung der Betka nicht einigen, und es wird erst in der nächsten Sitzung des Fünferausschusses hierüber endgültig entschieden werden. Dieser Sitzung der Betka wird dann eine Sitzung des zehngliedrigen Koalitionsausschusses folgen, die dem Arbeitsprogramm die endgültige Sanction geben soll. Die Nationaldemokraten feiern die Entscheidung der Betka — ob mit Recht oder Unrecht, ist derzeit noch nicht feststellbar — als einen Sieg und die „narodni Democracie“ verkindelt, es habe sich gezeigt, daß die tschechischen sozialistischen Parteien die Wahlen fürchten, die die letzte Konsequenz der Zerschlagung der Koalition bilden würden. Das „Pravo Lidu“ weist diese Behauptung der „narodni Democracie“ zurück und setzt seine Angriffe gegen Dr. Kramar fort. — Der „Venkov“ bespricht in einem Leitartikel diese verschiedenen Presschanden und hält mit allen Koalitionsparteien gründlich Abrechnung. Die Merkmalen hatten Erfolge in der Koalition errungen, die tschechischen sozialistischen Parteien hätten keine Ursache, sich darüber zu beklagen, in sozialen Fragen aus Unverständnis zu stoßen und auch die Nationaldemokraten müssen — so meint das agrarische Hauptblatt — zuzureden sein. Das Recht auf Unschuldigkeit hätten aber die tschechischen Agrarier, die nunmehr darauf dringen würden, daß endlich auch der Bauernstand von der Koalition etwas bekommt. Für die Landwirte könne nicht die Währungsrelation ein zu drei oder ein zu vier in Gültigkeit bleiben, während für alle anderen Schichten der Bevölkerung die Relation ein zu sieben oder ein zu zwölf gilt. Und das Blatt schließt: „Schreibt man heute von Beschwerden in der Koalition, so können wir öffentlich versichern, daß von keiner Partei eine ernste Gefahr droht — bloß von einer: Wenn sich die vier genannten Parteien nicht entschließen, die landwirtschaftliche Krise zu lösen, dann bedeutet diese Krise die einzige ernste und wahre Gefahr nicht nur für die Koalition, sondern auch für den Staat.“ Die tschechischen Agrarier gehen somit zu verstehen, daß sie unbedingt die Durchsetzung der Agrarzölle anstreben werden, sei es auch auf Kosten der Zerschlagung der internationalen Koalition.

Die Kaschau-Oderberger Bahn vor der Verstaatlichung. Die Verhandlungen betreffend die Verstaatlichung der Kaschau-Oderberger Bahn dürften bereits nächste Woche beginnen und — wie wir erfahren — ist es nicht ausgeschlossen, daß es bereits in der Herbstsession zur parlamen-

Die „Einheitsfront“ der Kommunisten.

Auffig, 7. Juni. Das Auffiger „Volkrecht“ erhält von einem Mitgliede der kommunistischen Partei, in dem die gegenwärtige Tätigkeit seiner Gewerkschaftszentrale doch gewisse Bedenken hat aufsteigen lassen, folgenden Brief zur Verfügung gestellt.

Prag, den 1. Juni 1923.

Streng vertraulich

Dieser Brief ist nicht aus der Hand zu geben.

Besten Genosse!

In den allerersten Tagen finden in den Ortsgruppen des deutschen Eisenbahnerverbandes die Wahlen der Delegierten zu dem am 20. Juni stattfindenden Verbandstage statt. Es wird vor allem nicht nur darauf ankommen, wie die Wahlen in den großen Gruppen ausfallen werden, sondern entscheidend werden die Wahlen in den zahlreichen kleinen Gruppen sein. Es ist von uns von ungeheurer Bedeutung, daß wir auf dem Verbandstage so gut wie möglich abschnitten. Es ist daher die größte Mühe darauf zu verwenden, daß alle Kommunisten und mit uns Sympathisierenden zur Plenarversammlung der Ortsgruppe, für die die Wahlen der Delegierten durchgeführt werden, vollständig erscheinen. Wo dies nur irgendwie möglich ist, müssen kommunistische Vertreter durchgezogen werden, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, muß getrachtet werden, kommunistische Minoritäten als Delegierte durchzusetzen. Wir bitten Dich, dieser Sache Deine größte Aufmerksamkeit zu widmen, Dich sofort mit ganz verlässlichen kommunistischen Eisenbahnern diesbezüglich ins Einvernehmen zu setzen, ohne allerdings diesen Brief ans der Hand zu geben. Gleichzeitig bitte ich Dich um Mitteilung, wann die dortige Plenarversammlung der Ortsgruppe stattfindet, welche Ansichten wir haben, wie viel Mitglieder die Gruppe hat, wie viel hiervon Kommunisten, wie viel sympathisierende Indifferente und Sozialdemokraten. So weit

tarifische Behandlung der bezüglichen Verstaatlichungsvorlage kommt.

Eine Versammlung der tschechischen unabhängigen Sozialisten fand vorgestern in der Prager Produktionsbörse statt. Auf dem Programm befanden sich Referate über den Hamburger Kongress, welche die Abgeordneten Bartosek, Brodecky und Urbanek erhielten. Dr. Bartosek gab zunächst eine kurze Uebersicht der Entwicklung der Internationale, wobei er darauf hinwies, welcher großen Fortschritt der Kongress bedeutete. Nachdem der Redner noch die Kompetenzfrage der Internationale erörtert hatte, ergriff Abgeordneter Brodecky das Wort, der zunächst gegen das scharfe Vorgehen der Prager Polizei gegenüber den fortschrittlichen Studenten Protest einlegte. In seinen weiteren Ausführungen befaßt er sich mit den Ursachen der Reaktion und erklärt, daß Rußland trotz aller Ereignisse der letzten Jahre Sitz und Ausgangspunkt der sozialistischen Ideen bleiben wird. Was die Beteiligung der Kommunisten an dem Kongress anlangt, so ist es nicht wahr, daß die Kommunisten brüskel abgewiesen wurden und es ist wahrscheinlich, daß es in kurzer Zeit zu Verhandlungen zwischen London und Moskau kommen wird. — Abgeordneter Urbanek referierte über den Standpunkt der Arbeiterchaft zum Versailler Friedensvertrag, der die Fortsetzung des Krieges bedeutet. Die sozialistischen Parteien aller Länder müssen daher die Revision der Friedensverträge fordern. Die Friedensverträge vernichten Europa in wirtschaftlicher Hinsicht, was auch in unserem Staate an dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit seit der Ruhrbesetzung zu beobachten sei. Redner schließt mit der Aufforderung zur Verkündung des gesamten Proletariates. Am Schluß der Versammlung wurde eine im Sinne der Ausführungen der Redner gehaltene Resolution angenommen.

Inland.

Die Serben wollen wieder einmal „fürs Vaterland sterben“. In einer Polemik gegen den Führer der separatistischen Kroaten, Radic, die ihm seinen eintägigen Servilismus gegen die Habsburger vorhält, leistet sich das Regierungsorgan „Zamoprava“ folgende vielsagende Sätze: „Die Serben haben den Kroaten diese Vertreibung zwar verziehen, aber nicht gestatten können, daß die Kroaten mit ihren jehigen separatistischen Bestrebungen die Interessen des Heimes des gesamten Volkes untergraben. Der angebliche persönliche Militarismus sage auf dem gelunden Bemühen des Volkes, welches seinen mit Blut und Schweiß geschaffenen Staat jederzeit mit Blut und Schwweiß zu verteidigen bereit ist. Die Kroaten dienen bisher nur fremden Herren, aber die serbischen Brüder werden sie nun lehren, wie herrlich es ist, fürs Vaterland zu sterben. Sondernrad sei, daß Radic und dessen Anhänger der bolschewistische Militarismus sympatisch sei, während sie der gesunde serbische Militarismus (?), der die Verteidigung des Lebens und des eigenen Volkes bezweckt, behindert.“ Hoffentlich wird die angekündigte „Velehrung“ der Kroaten nicht so bald erfolgen.

Die Kriegskosten der Schweiz.

Bern, 6. Juni. (Tsch. Pö.) Der schweizerische Nationalrat behandelte am Mittwoch die Kosten der Kriegsmobilmachung. Die Ausgaben für den aktiven Dienst der eidgenössischen Armee von 1914 bis 1920 betragen 1.155.420.000 Franken, davon ist mehr als die Hälfte durch Kriegsteuern gedeckt.

die Wahlen der Delegierten beendet sind, bitte ich Dich sofort, aber längstens bis zum 10. Juni uns die Namen, Adressen und Parteizugehörigkeit der Delegierten bekanntzugeben.

Wir machen Dich noch einmal auf die Dringlichkeit, Wichtigkeit und Vertraulichkeit dieser Angelegenheit aufmerksam und ersuchen Dich, sofort zu handeln, nicht erst irgendwelche Auszubehaltungen abzuwarten, da jede Verzögerung eine schwere Schädigung unserer Sache bedeuten würde.

Mit kommunistischem Gruß

Gewerkschaftssekretion der R. P. C. R. Kohn, Exekutivkomitee der kommunistischen Partei in der Tschchoslowakei (Sektion der dritten Internationale).

Aus diesem förmlichen Schriftstück erkennt man, was die Kommunisten unter Einheitsfront verstehen. Sie selbst wissen den Arbeitern nicht genug davon zu erzählen, wie notwendig es ist, daß sich alle Arbeiter zusammenschließen, und daß sie zu dieser gemeinsamen Zusammenarbeit bereit sind. Das hat natürlich nur den Sinn, um die Sozialdemokraten als diejenigen hinzustellen, die die Einheitsfront nicht wollen. Im stillen Kämmerlein freilich lachen sich die kommunistischen Führer ins Häuschen und schreiben Briefe, wie es der vorliegende ist, indem sie die Einheitsfront, wo sie besteht, zerbrechen wollen. Der Herr Kohn, den die kommunistische Partei damit betraut hat, in der Tschchoslowakei die deutschen Gewerkschaften zu erobern, wird sicherlich mit seinem Schmierenspathe in irgend einer Personifikation von der Notwendigkeit der Einheitsfront erzählen, während er vertrauliche Briefe hinausendet, um die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu schwächen. In diesem Schreiben werden die sozialdemokratischen Arbeiter die Falschheit und geringe Vertrauenswürdigkeit der Kommunisten voll und ganz erkennen.

Telegramme.

Die Notlage der deutschen Arbeiterchaft.

(Eine Debatte im Reichstage.)

Berlin, 7. Juni (Eigenbericht). In der heutigen Reichstags-sitzung kam die sozialdemokratische Interpellation zur Verhandlung, die sich mit der Notlage des arbeitenden Volkes befaßt. Für die Sozialdemokraten sprach Genosse Auhäuser, der die entsetzliche Not schilderte und verlangte, daß endlich etwas Wirksames geschehe. Die Arbeiterchaft werde sich nicht zu unbekonnenen Handlungen hinweisen lassen, aber die Regierung müsse Sorge tragen, daß die Hungergrenze nicht überschritten werde.

Minister Braun sagte hierauf baldige Abhilfe zu und es sprachen noch die Minister Hermes und Vetter. Dieser führte die Notlage Deutschlands auf das Versailler Diktat zurück und leugnete die Schuld der Devisenspekulation an dem gegenwärtigen Elend. Als er bei seinen weiteren Ausführungen die Schieber und Spekulanten in Schutz nahm, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und den Sozialdemokraten und die Sitzung mußte auf morgen vertagt werden.

Belgien wieder im Schlepptau Poincarés.

Brüssel, 7. Juni. (Savas.) Poincaré, Theunis und Jaspar haben in einem Privatgespräch den Beschluß bestätigt, durch welchen die Evaluierung des Ruhrgebietes von den Zahlungen Deutschlands abhängig gemacht wird und den Grundbesitz gebilligt, daß Deutschland den passiven Widerstand aufgeben müsse, bevor seine Vorschläge geprüft werden. Die Aufhebung Deutschlands mache tatsächlich die den Alliierten gemachten Angebote illusorisch. Deutschland werde nur durch die Einstellung des Widerstandes seinen guten Willen beweisen.

Die Minister haben das neue deutsche Angebot nicht in Erwägung gezogen, da sie den von Berlin am Nachmittag dem deutschen Gesandten telegraphierten Text nicht in Händen hatten.

An der Zusammenkunft der Minister nahmen General Degoutte und die Leiter der einzelnen Verwaltungszweige im Ruhrgebiet teil. Diese erklärten, daß die Ordnung anhält und die Sabotageakte abnehmen. Die Kohlen- und Koks-vorräte sowie deren Förderung nehmen in normaler Weise zu. Die Franzosen und Belgier werden ihren Druck vergrößern und ihre Verwaltung auf einige weitere Gruben und Hütten ausdehnen.

Neue Quälereien.

Berlin, 6. Juni. (Wolff.) Aus Duisburg sind wieder 166 Eisenbahner ausgewiesen worden, in Heßen 6, in Essen-West 1 Eisenbahnbeamter. — Auf der Zeche „Mont Ceis“ bei Solingen haben die Franzosen am 4. d. M. die Benzolfabrik besetzt. Die Belegschaft ist in einen 24stündigen Proteststreik getreten. — In Dortmund haben die Franzosen das Gebäude der Oberpostdirektion besetzt. Der Fernsprechtsbetrieb ist gestört. Die Beamten dürfen das Gebäude nicht verlassen. — Desgleichen hat das Postamt in Gerne den Betrieb eingestellt. — Der

kommissarische Bürgermeister von Crotrop, Regierungsdassessor Hoffbein, wurde ausgewiesen. — Am 2. d. M. haben die Franzosen die Zeche „Ruto“ bei Gelsenkirchen besetzt. — In Duisburg ist die kommunistische „Rheinische Arbeiterzeitung“ zum fünften Male von den Franzosen verboten worden.

Bestellung großer Kruppwerke.

Koblenz, 7. Juni. (Savas.) Wir haben die metallurgischen Kruppwerke in Neuwied, Engers und Mühlhosen besetzt und behalten sie als Pfand bis zur Bezahlung von 20 Milliarden Steuern, welche die Kruppwerke in Essen bisher nicht bezahlt haben. Wir haben 44 Millionen Mark in den Munizipalbanken in Buer beschlagnahmt, und für eine Woche die Geschäfte in Althof gesperrt, da sich die Geschäftsleute geweigert haben, den Soldaten Waren zu verkaufen.

Der deutliche Großhandel für gefestigte Festlegung der Garantien.

Berlin, 6. Juni. (Wolff.) Bei einem Empfang beim Reichswirtschaftsminister Dr. Beder wurde von einer Deputation des Präsidenten und des Vorstandes des Zentralverbandes des deutschen Großhandels die Bereitwilligkeit auch des Großhandels zum Ausdrücke gebracht, einen Teil der Lasten für Reparationszwecke zu übernehmen. Dabei wurde betont, daß für die praktische Durchführung der Belastung die freiwillige Erklärung der Organisationen nicht genüge, sondern daß die Durchführung der Belastung auf gesetzlichem Wege nach rein objektiven Maßstäben erfolgen müsse.

Die Opfer der Leipziger Kundgebungen.

Berlin, 7. Juni. (Tsch. P.) Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Leipzig hat sich die Anzahl der bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten Getöteten auf sieben erhöht. Ein Polizeiwachmeister erhielt einen Stich in den Rücken und erlag bald darauf der erlittenen Verletzung. Nach dem Blatte sollen über hundert Personen verwundet worden sein. Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zufolge wurden bis gestern abends zehn Uhr siebenunddreißig Schwerverletzte, darunter fünfzehn Polizisten, festgestellt.

Gestern nachmittags fanden in ganz Thüringen Erwerbslosendemonstrationen statt, die nach den bisher vorliegenden Nachrichten aus den größeren Orten ruhig verlaufen sind. Die Lebensmittel- und Konfektionsgeschäfte hielten während der Dauer der Demonstrationen ihre Läden geschlossen.

Eine Militärdebatte im Wiener Parlament.

Wien, 7. Juni. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde der Etat des Heeresministeriums verhandelt. Dabei verwarf die sozialdemokratischen Abgeordneten auf die Unterstützung der Monarchisten durch den Heeresminister und führten auch eine Reihe von Fällen an, wo sozialdemokratische Wehrmänner verfolgt wurden. Dr. Deutsch erklärte dabei, der Minister habe selbst nicht mehr die Kraft, gegen die Offiziere etwas anzurichten, das sei die ernste Frage der Republik, daß nicht mehr der verantwortliche Minister imstande sei, in der Wehrmacht dem Willen der Nationalversammlung Geltung zu verschaffen, so daß er selbst von seinen Offizieren fortwährend im Stich gelassen werde. In der Debatte, in der der Sozialdemokrat Witternigg darüber sprach, wie sich die Offiziere im Kriege benommen haben und darauf verwies, daß sie Kipferin und Butterjammeln aßen, während die Bevölkerung nicht einmal Maisbrot hatte, tief der Christlichsoziale Reuhöfer: „Sie haben es ja nicht gegessen!“ Darauf warf Witternigg dem Abgeordneten Reuhöfer vor, daß er im letzten Kriegsjahr als Offizier der Verpflegungsbataillon den Soldaten Brot entzogen und es verkauft habe. Als Reuhöfer in einer Berichtigung das bestreiten wollte, erklärte Witternigg, er habe den Fall selbst untersucht und verlas einen Brief, den die „Salzburger Wacht“ über das Vorgehen des Reuhöfer erhalten hat. Darauf trat dann später die Christlichsoziale Vereinigung an den sozialdemokratischen Klub heran, dieser möge veranlassen, daß Abgeordneter Witternigg seinen Brief mit Unterstützung ihnen vorlege. Auf dieses Ersuchen beschloß der Klub, an den Obmann der christlichsozialen Vereinigung einen Brief zu richten, worin er erklärt, daß der Brief an die „Salzburger Wacht“ gerichtet ist, so daß eine Freigabe des Namens des Einlieferers das Redaktionsgeheimnis verletzen würde, deshalb sei das nicht möglich. Witternigg sei aber bereit, ohne Rücksicht auf den Verfasser des Briefes die Besuldigungen als von ihm selbst erhoben anzusehen und den Beweis vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission sofort zu führen. Der Klub überlasse es Reuhöfer oder der christlichsozialen Vereinigung, im Parlament einen Antrag auf eine solche Kommission zu stellen und erkläre, dafür stimmen zu wollen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Verbandstag der Lebens- und Genussmittelarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen am Montag den 4. Juni betrafen in der Hauptsache organisatorische Fragen. Einen breiten Raum nahm die Frage der Regelung der Beiträge ein. Nach langer Debatte, in der unter anderem auch Genosse Heißig aus Wien das Wort erging und vor einer Herabsetzung der Beiträge warnte, wurde der Antrag des Verbandsvorstandes angenommen. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis. Zum Vorsitzenden und zugleich Sekretär des Verbandes wurde Gen. Anton Minger, Bodenbach, gewählt; 1. Stellvertreter Anton Kojenel, Bodenbach; Kassier: Franz Josef Bohl; Schriftführer: Emil Brautsch, Bodenbach; Stellvertreter: Adolf Klemmer, Bodenbach; Erfas: Hannu Kohn, Bodenbach, Wilhelm Kehnelt; Beisitzer: Leo Hille, Bodenbach, Friedrich Danusch, Teischen, Erweiterte Vorstand: 2. Vorsitzenderstellvertreter: Franz Mynar, Aid; Kassier-Stellvertreter: Andreas Schuster, Eger; Erfas: Anton Thiel, Reichenberg, Heinrich Ehler, Teplitz, Josef Lehnert, Teischen, Wilhelm Schreiner, Komotau, Wenzel Jung, Haindorf (Mähren), Ueberwachungs-ausschuss: Wilhelm Werner, Bodenbach, Edmund Keiner, Bodenbach, Ottilie Pische, Bodenbach, Karl Richter, Ladowitz; Erfas: Stefan Tröschel, Bodenbach, Josef Buchelt, Lobositz. Als Schiedsgerichtsort wurde Teplitz bestimmt. Die Ortsgruppe Teplitz hat somit auch die fünf Mitglieder und zwei Erfasmitglieder der Schiedskommission namhaft zu machen.

Der sechste Punkt der Tagesordnung: „Die Lehrlingsfrage in der Lebens- und Genussmittelindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Bäcker- und Konditorengewerbes“ mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden. Das Referat, das Gen. Diermeier aus Hamburg erstatten sollte, wird in Druck gelegt und den Mitgliedern durch das Fachblatt zugänglich gemacht werden.

Nachdem unter „Allgemeines“ einige bedeutungslose Fragen besprochen worden waren, wurde nach einem kurzen Schlusswort des Gen. Minger der zweite ordentliche Verbandstag geschlossen.

Im Anschluß an die fünfzehntägigen Verhandlungen des Verbandstages wurde eine Konferenz der Vertreter der Bäckereiarbeiter abgehalten, in der unter anderem folgende Resolution beschlossen wurde:

Die heute am 2. Juni 1923 in der „Volkshalle“ zu Bodenbach tagende Konferenz der organisierten Bäckereiarbeiter des Zentralverbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie bringt neuerlich zum Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien mit allen zweckdienlichen Mitteln durchzuführen ist und verpflichtet die organisierten Bäckergehilfen, in allen Orten mit Fähigkeit an der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen für die Nachtarbeit zu wirken.

Gleichzeitig muß überall der Kampf gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit gegen jedermann aufgenommen werden, um den Bestrebungen der Bäckereiarbeiter zur Erreichung der vollständigen Tagarbeit und Sonntagarbeits zum Siege zu verhelfen.

Die Arbeitslosigkeit im Mai 1923. Wir haben gestern eine Statistik der unterstützten Arbeitslosen bis einschließlich April dieses Jahres gebracht. Gestern verhandelte nun das Ministerium für soziale Fürsorge die gegenseitige Zusammenstellung für den Monat Mai. Danach wurden direkt unterstützt 117.100 Personen, indirekt (durch die Unternehmungen) 49.000 teilweise beschäftigten Personen, zusammen 166.100 Menschen. Dazu kommen noch 128.150 Familienangehörige, so daß die Zahl der Unterstützten samt Familienangehörigen 294.250 betrug. Da sich im April die Summe der Unterstützten auf 192.798 belief, im Mai dagegen nur auf 166.100, ist ein Rückgang in der Zahl der Unterstützten eingetreten, was aber natürlich nicht besagt, daß dies auch einem Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen entspricht.

Wieder ein Banfrach. Die Deutsche Bank in der Tschechoslowakei, die ihren Sitz in Reichenberg und Filialen in Aha, Prag, Schladtau, Teplitz-Schönau und Leitmeritz hat, hat ihre Zahlungen eingestellt und das gerichtliche Ausgleichsverfahren angemeldet. Die Bank hatte beim Finanzministerium ein Moratorium angefordert, das den Zweck haben sollte, den genauen Stand der Geschäfte festzustellen und genügend Zeit zu gewinnen, um die festgelegten Mittel in einer die Erhaltung der Schuldner schonenden Weise flüssig machen zu können. Da aber die gesetzlichen Bedingungen: Kriegsanzleihebesitz und Verluste im Auslande, fehlen, wurde das Moratorium vom Finanzministerium nicht erteilt und vorläufig das gerichtliche Ausgleichsverfahren anhängig gemacht. Es werden also jetzt weder Reineinzahlungen in Empfang genommen noch Auszahlungen an Einleger oder Kontoforrentinhaber geleistet. — Die Bank ist vor drei Jahren gegründet worden und hat ein Aktienkapital von 30 Millionen Kronen.

Wie die Unternehmer ihre Gelben schätzen. Der letzten Nummer des Organs der Banbeamten entnehmen wir eine ganz besondere Unverschämtheit, die sich eine Bankeiherin erlaubt hat. Die Kreditanstalt der Deutschen mit dem Sitz in Prag legt Beamten folgendes Gelöbnis vor:

Ich erkläre hiermit freiwillig und ungenötigt, daß ich als Beamter (Beamtin) der Kreditanstalt der Deutschen alle mir übertragenen Arbeiten ohne Widerspruch pünktlich ausführen werde. Ich übernehme die Verpflichtung, meine ganze Tätigkeit für die Anstalt so einzurichten, daß deren Interessen in jeder Richtung gewahrt werden, und damit gleichzeitig die Aufgabe, die Interessen des deutschen Volkes, soweit es in meinen Kräften steht, zu fördern. Ich nehme zur Kenntnis, daß meine oder meiner Frau Beteiligung an gewinnbringenden Unternehmungen nur mit Zustimmung des Verwaltungsrates der Hauptanstalt der Kreditanstalt der Deutschen gestattet ist und daß Spekulationsgeschäfte, ausgenommen Kapitalanlagen, ausdrücklich untersagt sind. Außerhalb der Anstalt verpflichte ich mich, mein Verhalten so einzurichten, daß es stets der Würde eines Beamten der Kreditanstalt der Deutschen entspricht. Ich gelobe ausdrücklich, daß ich die Anstalt während meiner Dienstausübung und außerhalb des Dienstes nicht schädigen werde; sowohl während der Dienstzeit, wie bei etwaigem Ausscheiden aus der Anstalt, gelobe ich strengste Verschwiegenheit über alle geschäftlichen Vorkommnisse zu bewahren. Ich übernehme die Verpflichtung, mich nur vollständig zu betätigen, womit gleichzeitig die Gewähr gegeben ist, daß ich mich, wenn überhaupt, nur vollständig an Gewerkschaften als Mitglied anschließen werde.

Zur Befestigung meiner Zusage erkläre ich, daß ich eine Abweichung davon gleichbedeutend dem Wunsche, die Anstalt zu verlassen, ansehe.

Dazu bemerkt das genannte Blatt mit Recht: „Die Wendung, „daß ich mich, wenn überhaupt, nur vollständig an Gewerkschaften anschließen werde“, beinhaltet eine originelle Empfehlung und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband wird sich der Mühe unterziehen müssen, hier allerhand, woran der Uneingeweihte und Unberechnete unwillkürlich denken muß, aufzuklären. Possierlich wirkt auch die Bestimmung, daß sich die Beamten verpflichten, ihr Benehmen auch außerhalb des Dienstes so einzurichten, wie es der „Würde eines Beamten der Kreditanstalt der Deutschen“ entspricht. Vielleicht hat einer der Herren, der diesen Witz verfaßt hat, die Lebenswürdigkeit, um einmal zu sagen, was er sich unter dieser Würde gedacht hat. Die Angehörigen der Kreditanstalt der Deutschen könnten dann die Gelegenheit benutzen und erzählen, wie würdig das Dienstverhältnis jener Bank ist, die zwar den traurigen Mut findet, Gelöbnisse abzunehmen, in denen von der Förderung der Interessen des deutschen Volkes geredet wird, die aber gleichzeitig schändlich jeden Angehörigen des deutschen Volkes, der sich als ihr Angestellter weigern würde, seine Unterschrift unter das Dokument zu setzen, auf die Strafe wirft.“

Der polnische Zloty. Polen hatte nach seiner Neubegründung im Jahre 1918 eine dreifache Währung: Deutsche Mark in den ehemals preussischen Gebieten, österreichische Kronen in Galizien und im Teschener Schlesien, polnische Mark, von den deutschen Okkupationsbehörden eingeführt, im ehemals russischen Gebiet. Die deutsche Mark und die österreichische Krone wurden beseitigt, so daß die polnische Mark übrig blieb. Diese löste ihren Kurs bald von dem der deutschen Mark los, fiel schließlich im Spätsommer 1921 auf ein Sechstel der deutschen Mark. Erst durch die großen Markstürze der letzten Monate kam sie wieder auf und über das Niveau der deutschen Mark. Von Anfang an war es jedoch die Absicht der polnischen Regierung, auch die polnische Mark, die an die Okkupationszeit erinnerte, wieder zu beseitigen, und schon im Frühjahr 1919 beschloß der polnische Sejm ein Gesetz, wonach die polnische Währungseinheit der Zloty sein sollte. Zloty bedeutet Gulden und war die Geldeinheit im alten Polen. Noch zur Russenzeit rechnete das Volk bisweilen danach und setzte ihn gleich 20 Kopfen. Ueber den Wert des Zloty war aber in dem betreffenden Gesetz nichts gesagt. Erst im Herbst 1922, als Polen eine Goldanleihe auflegte, wurde durch ein neues Gesetz bestimmt, daß 3100 Zloty ein Kilogramm Gold enthalten sollten, d. h. der Zloty wurde dem Goldfranken gleichgesetzt. Da aber Zloty nicht geprägt wurden und verschiedene weitere Gesetze die Berechnung des Zloty verschieden bestimmten, entstand bald ein heilloser Wirrwarr. Außer der Goldparität des Zloty gab es eine gesetzliche Feststellung des Zloty nach dem Durchschnittskurs des letzten Monats, gemessen am Dollar und Schweizer Franken, eine andere, gemessen am Durchschnittskurs der gleichen Währungen für die letzten zehn Tage, und schließlich wurde beim letzten Budgetgesetz noch ein „theoretischer Zloty“ eingeführt, wobei die an verschiedenen Indizes errechnete Kaufkraft des Gegenwerts eines Zloty in der Vorkriegszeit zugrunde gelegt wurde. Nun hat das polnische Finanzministerium, um diesem Wirrwarr ein Ende zu machen, in jüngster Zeit ein Gesetz entworfen, das die wirkliche Ausprägung von Goldmünzen nach der gesetzlichen Zloty-Währung vorsieht. Der Umrechnungskurs dieser Goldmünzen in polnische Mark soll vom Finanzministerium periodisch festgesetzt werden. Natürlich wird auch damit die polnische Währung nicht stabilisiert werden.

Devisenkurse.

Züricher Schlusskurse am 7. Juni.

	Geld	Ware
Paris	25.75/00	25.90/00
London	25.65/50	25.67/00
Berlin	0.00.70/00	0.00.74/00
Holland	26.00/00	26.10/00
Dolland	217.35	217.65
Wien	0.00.78/00	0.00.78/37
Budapest	0.00.75	0.10/50
Bras	18.50/00	18.61/00
New York	5.34/25	5.55/00
Belgrad	6.25/00	6.50/00
Warschau	0.00.96/00	0.01.02/00

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frank	16.00.00
Berlin	Mark	2305.00
Wien	östr. Kr.	2120.00

Prager Kurse am 7. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1313.00	1317.00
10.000 Mark	3.89/00	4.89/00
100 belg. Frank	189.50/00	191.00/00
100 schwed. Frank	610.75	613.25
1 Pfund Sterling	154.25/00	155.75/00
100 Lire	159.25/00	161.75/00
1 Dollar	33.80/00	34.20/00
100 franz. Frank	220.25	221.75
100 Dinar	38.87/50	38.87/50
10.000 ungar. Kronen	58.00/00	62.00/00
10.000 poln. Mark	5.10/00	6.10/00
10.000 östr. Kronen	4.58/00	5.08/00

Literatur.

Karl Marx, der Mann und sein Werk. Unter den populären Schriften, welche der Einführung in den Sozialismus dienen, ist die zum dreißigsten Geburtstag von Karl Marx erschienene Broschüre: „Karl Marx, der Mann und sein Werk“ eine der besten und bestlesbaren gewesen. Die Beiträge von Karl Kautsky, Leopold Winarsky, Adelheid Popp, Max Adler, Otto Bauer, Julius Deutsch, Gustav Gstein und anderen sind in der von Robert Donnerberg redigierten Schrift zu einem einheitlichen Bilde gestaltet. Die längere Zeit vergriffene gewesene Schrift, die auch mit drei Bildern geschmückt ist, erscheint soeben in neuer Auflage. Sie wird sich so wie früher rasch zahlreiche Freunde erobern. — Der Preis beträgt 6000 ö. K.

Der Film.

Filmwoche. Die strebsame Primag-Filmgesellschaft führte Pressvertretern zwei Filme vor, von denen man — wäre nicht ausdrücklich erklärt worden, daß sie in Kinoamerika das Licht der Welt erblickt haben — hätte schwören können, daß sie vom Tempelhofe Felde gekehrt wurden. Das soll angesichts der Erstangabe des deutschen Films als größtes Lob gelten, das einem nichtdeutschen Filmwerk gezollt werden kann. „Der Doppelgänger“ und ebenso „Die Schmiege des Lebens“ sind also keine typischen „Amerikaner“, weder Exzentrik, noch Wildwest- oder Kriminalstücke, vielmehr erschütternde und filmwirksame Lebensbilder, zu denen eine willkürlich zusammengewürfelte Endermann-Molnar-Kellermann Limited die Einfälle beisteuerte, die am sichersten auf die Tränen-

Ein heller Kopf verwendet stets

Das beste Backpulver der Welt

„Backin“

Man schreibe um gratis Rezeptbuch T. an: Dr. Oetker's Backpulverwerke Referat Nr. 136 Brünn.

Insertieren Sie im „Sozialdemokrat“

Rauchen 1679 ist ein eingebildeter Genie, eine gesundheitschädliche löstspielige Gewohnheit. Auffällende Broschüre über Tabakentziehung für Interessenten gegen Aufporto kostenlos zur Ansicht. Max Wohl, grünl. Mitglied des Bundes d. Tabakgegner, Teplitz-Schönau 296.

Bio-Programm vom 1. Juni bis 7. Juni.

Lido „Das Hotel zu den drei Wächlern.“ Ausgezeichnetes Lustspiel in 5 Akten und Hoot Gibson in dem baktin-gem Drama „Ertappt“

drücken wirken. Was sogar diese Gattung Filme empfehlenswert macht ist, daß sie darauf verzichtet, mit Revolver, Dolchen und anderen Werdwerkzeugen falsche Aufregung und Spannung zu erzeugen. —h.

Kunst und Wissen.

Gastspiel Emanuel Reicher in Bahr's „Konzert“. (Neues deutsches Theater.) Dem bewährten, gut gemimmerten Stück ist der Erfolg auch in weniger vornehmer Besetzung sicher, nun gar, wenn sich in diesem „Konzert“ Solostimmen von solcher Virtuosität vereinigen, wie die des berühmten Gastes Reicher und Leopold Kramers. Man hätte wohl Emanuel Reicher zur Feier seines (schon!) 74. Geburtstages lieber in einer Rolle seines klassischen Ibsen- oder Hauptmannrepertoire bewundert; aber wenn man schon mit dem Hermann Vahr-Stück als Erfas vorlieb nehmen mußte, so darf man mit herzlichem Dank die Meisterleistung Reichers in der Rolle des weiblich-geliebten Pianisten Hent als vollstosig und vollwertig anerkennen. Mit dem Gaste in eine Linie ist Kramers Bühnenbeweglicher und -sicherer Dr. Zura zu stellen. In gemessenen Wstunde konzertierten die anderen Mitwirkenden mit ungleichem Gelingen. o. r.

Neues Theater. Heute Freitag „Der fliegende Holländer“, Samstag (Uraufführung) „Die gestohlene Stadt“, Sonntag, halb 2 Uhr „Die Bajadere“, abends 7 Uhr (Mozart-Plaus) „Die Zauberkiste“.

Kleine Bühne. Heute Freitag (Gastspiel Reicher) „Vater“, morgen und Sonntag abends „Der blonde Engel“.

Bereinsnachrichten.

Deutscher Männergesangverein. Heute 8 Uhr Hauptprobe für das Gau-Konzert. Alle Mitglieder werden dringend ersucht, diese Probe vollständig zu besuchen, da gleichzeitig mit dem Vorstudium von Reuchlers Marienatorium begonnen wird. 1685

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Abteilungsgesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Vitello

Delikatess

Diese Marke bürgt für beste Qualität

1410

Wo verkehren wir?

Café Continental, 106 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 2 Prag-Nezajanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetky 22 (Urania). 1080

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Gauymed“ Täglich. 103 PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau. 1198 **CAFÉ EUROPE** Bahnhofstraße.